

Standort oder Fortschritt

Studiengebühren sind anti-emanzipatorisch

"Zudem brauchen wir bessere Strukturen im öffentlichen Teil des Innovationssystems. Strukturen, die Wettbewerb ermöglichen und erzwingen. Das bedeutet mehr Autonomie der Hochschulen und Studiengebühren verbunden mit einem funktionierenden Stipendiensystem. [...] Nur im Ausbau von Wissensvorsprüngen liegt unsere ökonomische Zukunft."

(Jürgen R. Thumann, Präsident des BDI, Analyse & Vision - Für einen attraktiven Standort - Visionen für die deutsche Wirtschaft, European Business Network, 2004)

"Wenn Wissenschaftler, eingeschüchtert durch selbststüchtige Machthaber, sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen aufzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Maschinen mögen nur neue Drangsale bedeuten. Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein."

(Bertolt Brecht, Leben des Galilei)

Du bist nicht Jürgen R. Thumanns 'wir'. So wie es fast die gesamte Menschheit nicht ist. Sein 'wir' sind diejenigen, die unermeßlichen Reichtum dadurch schaffeln, daß sie andere für sich arbeiten lassen. Damit das so bleibt und die Profite weiter steigen, werden immer mehr Menschen durch Arbeitslosigkeit und Lohnerosion ins Elend gestürzt und bisweilen auch Kriege geführt. Da aber gleichzeitig die Produktivität und der gesellschaftlich vorhandene materielle Reichtum immer weiter steigen, dem Großteil der Menschheit aber offensichtlich nicht zugute kommen, muß zunehmend Aufwand getrieben werden, die Zustimmung zu diesen Verhältnissen herzustellen. Hierfür sind neben Massenverblödungsmedien und dem Abfeiern von Heimat ("Du bist Deutschland") und Familie auch Studiengebühren ein Mittel. Entgegen dieser Verschleierung sollte klar sein: Die ökonomische Zukunft, die Herr Thumann und Co. sich wünschen, ist zum Nachteil der übrigen Menschheit.

Die Hochschulen haben eine besondere Bedeutung: Sie sind (potentiell) Orte des Lernens und der wissenschaftlichen Verständigung. Hier ist es in besonderem Maße möglich die menschlichen Lebensbedingungen zu analysieren, die eigene Lage und die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch zu hinterfragen und Alternativen für die allgemeine

Emanzipation der Menschheit zu erarbeiten. Gleichzeitig wird der technische Fortschritt, der auch in den Hochschulen entwickelt wird, von den Unternehmen abgefordert, um in verschärfter Konkurrenz noch mehr Profite zu machen. Die Wissenschaftsinstitutionen stehen also vor den gegensätzlichen Entwicklungsmöglichkeiten: Wissenschaft für den 'Standort' oder für umfassende humane Nützlichkeit.

Damit die Mitglieder der Unis trotz wissenschaftlicher Qualifikation nicht Letzteres realisieren und das eigene Interesse als solches erkennen, muß einiges an Aufwand betrieben werden: Entdemokratisierung, Hierarchisierung, Formalisierung, Verblödung und Konkurrenz. Und als das zentrale Mittel - Studiengebühren: Mit ihnen soll umfassend kulturell durchgesetzt werden, daß Bildung als Ware, als eine Form der Investition verstanden wird, die der Einzelne tätigt, um sich als 'Humankapital' zu veredeln, und so dem späteren Arbeitgeber feilbieten zu können. Derart profitiert vermeintlich auch der Student von den Studiengebühren. Vor dem Hintergrund struktureller sozialer Ungleichheit und der berechtigten Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg soll erreicht werden, daß kritische Studieninhalte über Bord geworfen werden und nur noch das studiert wird, womit man sich am besten

an die 'Anforderungen' des Arbeitsmarktes anpassen kann. Den wahren Profit machen dabei andere.

Bertrand Russel schrieb einst an Albert Einstein, daß im Zeitalter der Atombombe Wissenschaft und Krieg unvermeidbar seien. Dies bedeutet nicht nur, Wissenschaft, die dem Krieg dient ist keine. Sondern es heißt im Umkehrschluß auch: Wenn Wissenschaft ernsthaft als solche betrieben wird, muß sie sich in Opposition zu Krieg begeben. Und dieses Konzept sollte erweitert werden: Wenn Wissenschaft ernsthaft als solche betrieben wird, dann muß sie sich die Überwindung der aktuellen Menschheitsprobleme zur Aufgabe machen.

Man muß sich jedoch klar sein: Heutzutage Wissenschaft zu betreiben bedeutet, sich in Gegnerschaft zu den Profiteuren dieser Verhältnisse zu begeben. Dies mag angesichts der von ihnen eingesetzten Maßnahmen einschüchtern. Wer jedoch die Einschüchterung durchschaut, wird erkennen, auf welchem Fundament sie stehen und daß sie solidarisch überwunden werden können. Statt also die Studiengebühren zu akzeptieren und sich ihnen zu beugen, gilt es, sie in ihrer anti-emanzipatorischen Funktion zu durchschauen und ihnen gemeinsam zu widerstehen. Der Verwaltungsgebührenboykott ist dafür ein guter Anfang.

Versammlung der Studierenden
Informationen und Diskussion zum Gebührenboykott
Montag, 23. Januar 2006, 16 Uhr
Hörsaal Phil C, Von-Melle-Park 6

Treffen AG-Verwaltungsgebührenboykott:
Dienstags, 20 Uhr, Phil-Turm, Raum 973



Der nächste Schritt: Gebührenboykott

Das Was-ist-Was des Verwaltungsgebührenboykotts

Studiengebühren sind ein entscheidendes Mittel rechter Politik und somit auch des Hamburger Senats, die Hochschulen marktkonform zu trimmen und speziell die Studierenden vollständig zu einer Ware umzumodeln. Studium soll demnach als individuell käuflich zu erwerbendes Gut begriffen werden, vermittels dessen die angehenden Akademiker sich selbst "veredeln" sollen, damit sie sich anschließend als profitbringendes "Humankapital" auf dem Arbeitsmarkt verkaufen können. Dies impliziert verstärkte soziale Selektion beim Bildungszugang, Entdemokratisierung der Institutionen, gesteigerte Oberflächlichkeit der Wissenschaftsinhalte und eine Dekultivierung des Miteinanders der Mitglieder im Hochschulalltag.

Der Kampf für die Gebührenfreiheit ist daher integraler Bestandteil des Engagements für die Perspektive einer kritischen, gesellschaftlich verantwortungsvollen Hochschule. Hier ist Wissenschaft die Möglichkeit der kollektiven Erarbeitung eines genaueren Verständnisses der Welt, also ihrer natürlichen, kulturellen sowie sozialen Zusammenhänge, mit dem Ziel der praktischen, solidarischen Verbesserung der Lebensbedingungen aller: Bildung als persönliche Entfaltung durch die Perspektive allgemeiner menschlicher Emanzipation.

Warum gegen die Verwaltungsgebühren?

Die seit letztem Wintersemester erhobenen Verwaltungsgebühren sind Studiengebühren. Auch sie tragen dazu bei, die Bildungskosten zu privatisieren und Bildung zur Ware zu machen. Sie haben die spezielle Funktion, als Wegbereiter Akzeptanz für die allgemeinen Studiengebühren zu schaffen. Der solidarische Boykott der Verwaltungsgebühren ist ein klares Signal gegen diese Akzeptanz und eine aktuell notwendige Maßnahme gegen jedwede Gewöhnung an das Bezahlstudium. Er ist zugleich die konsequente Fortführung der Beschlüsse, Demonstrationen, Streiks und Proteste, der bisherigen Verwaltungsgebührenzahlung unter Vorbehalt sowie der erfolgreichen Urabstimmung für die Gebührenfreiheit und die adäquate Antwort auf die Zuspitzung des Wissenschaftssenators, trotz all dieses Widerspruchs allgemeine Gebühren gesetzlich verordnen zu wollen.

Wie funktioniert der Boykott? Solidarität statt Kamikaze!

Der Boykott als politisches Kampfmittel beruht im wesentlichen auf der kollektiven Verweigerung der Zahlung der Verwaltungsgebühren. Das solidarische Handeln ist dabei entscheidend gegen die drohende Vereinzelung, jeder möge für sich mit der zusätzlichen finanziellen Belastung und der ideologischen Knute zum braven, zügigen und entfremdeten Studium fertig werden.

Die erforderliche Solidarität wird für den Verwaltungsgebührenboykott mit der Einrichtung eines Treuhandkontos ermöglicht. Alle Studierenden sind nun aufgefordert, den Verwaltungsgebührenanteil ihres Semesterbeitrags für das Sommersemester 2006 statt an die Universität auf dieses Treuhandkonto zu überweisen. Wird dabei eine 'kritische Masse' der Beteiligung erreicht, wird dem Senat praktisch unmöglich, einer so hohen Zahl von Studierenden die Rückmeldung zu verweigern. Diese relevante Anzahl halten wir bei einem Quorum eines aufgerundeten Drittels aller an der Universität Hamburg immatrikulierten Studierenden für sicher erreicht, das sind 13.000 Studierende. Damit haben wir uns zugleich die Herausforderung gesetzt, für den Boykott mindestens die Anzahl derer zu mobilisieren die in nur drei Tagen auch schon mit "Ja zur Gebührenfreiheit" bei der Urabstimmung im letzten Jahr votiert haben (12.497 Studierende).

Wird bis zum Stichtag (derzeit 27. März 2006), fünf Werktage vor Ende der Rückmeldefrist zum Sommersemester 2006, das Quorum erreicht, so wird der Boykott durchgeführt und der Senat zum Verzicht auf die Gebühren gezwungen. Die Gebühren werden nicht an die Uni überwiesen, sondern gehen zurück an die Beteiligten. Wird das Quorum nicht erreicht, werden die Gebühren zum Ende der Rückmeldefrist unter Angabe der Matrikelnummern an die Uni überwiesen und alle sind immatrikuliert. Wir haben also nichts zu verlieren!

Angestrebt ist, schon vor Ende der Vorlesungszeit das Quorum zu erreichen. Das begünstigt, unseren politischen Forderungen und Argumenten frühzeitig mit Vollversammlungen und anderen Aktivitäten in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen.

Was ist das Risiko?

Den Teilnehmern des Boykotts die Rückmeldung zu verweigern, wird zwar eine Drohung sein, doch ist für die Stadt Hamburg der spontane Verlust eines Drittels ihrer Uni-Studierenden nicht tragbar, sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen. Allerdings wird der Senat auch mit der Zurückhaltung der Semesterunterlagen und des Semestertickets drohen, wovon wiederum von Krankenkasse und Arbeitsvertrag bis Bafög und Aufenthaltserlaubnis viele weitere wichtige Dinge abhängen. Doch auch hier gilt: 13.000 Studierende oder mehr sind eine gesellschaftliche Macht, die, wenn sie solidarisch auftreten, Lösungen durchsetzen werden. Zumal ein erfolgreicher Boykott erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit genießen wird. Schon jetzt haben wir uns mit der Universitätsverwaltung, dem Studierendenwerk und dem HVV in Verbindung gesetzt, mit dem Ziel, sehr zügig die Rückmeldung aller Beteiligten inklusive Rückmeldeunterlagen und dem ohnehin bezahlten Semesterticket ohne die Bezahlung der Verwaltungsgebühren durchzusetzen.

Was muß ich tun?

Alle, die sich beteiligen, müssen also 50 Euro vom Semesterbeitrag (siehe Rückmeldeunterlagen) abziehen, um sie auf das Treuhandkonto zu überweisen. Der Restbetrag - und nur dieser - ist unbedingt an die Uni zu überweisen, um den Willen weiterzustudieren, dort zu dokumentieren. Weiter sind Name und Matrikelnummer auf der Überweisung erforderlich, für die Rückzahlung bzw. die mögliche Weiterleitung an die Uni. Für aktuelle Informationen über den Stand unseres Kampfes sollten sich darüber hinaus alle in den eMail-Verteiler auf der Homepage eintragen (s. u.).

Wer sich früh beteiligt, macht anderen Mut, dies auch zu tun. Der Verwaltungsgebührenboykott ist der nächste Schritt für den erfolgreichen Kampf gegen Studiengebühren. Für sein Gelingen ist jeder in der Verantwortung, mitzumachen, andere zu mobilisieren und den politischen Druck auf Träger und die Profiteure an der Zurichtung der Wissenschaft weiter zu entwickeln und auszubauen.